



AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar
Direktor des HWWI und Profes-
sor an der Universität Hamburg
Tel: 040 - 34 05 76 - 100

GRIECHENLAND

Austritt Griechenlands aus dem Euro: Schuss ins eigene Bein

Die Neuwahlen sollen Griechenland einen Neuanfang ermöglichen. Die wohl stärkste politische Kraft, das Linksbündnis Syriza, fordert ein Ende des Sparkurses. Damit provoziert Griechenland die Staatspleite. Als Folge davon wird ein Euro-Austritt wahrscheinlich(er). Dadurch wird sich für Griechenland die Lage dramatisch verschlechtern. Staatspräsident Papoulias hat recht, wenn er von einer „Tragödie“ warnt. Für die übrigen Euro-Länder dürfte sich die Situation verbessern. Deshalb steigt deren Neigung, den griechischen Reisenden nicht aufhalten zu wollen.

Einem Ertrinkenden den bereit liegenden Rettungsring zu verweigern, ist zweifelsfrei unmenschlich. Will er sich aber unter allen Umständen selber frei schwimmen, beispielsweise weil er sich von Fremden aus Stolz oder Misstrauen nicht helfen lassen will, wird die moralische Bewertung schwieriger. Vor allem wenn sich der Retter mit seiner Hilfe selber über Gebühr in Gefahr begibt. So etwa stellt sich die momentane Lage der EU gegenüber Griechenland dar.

Seit ziemlich genau zwei Jahren tun Europa und die stärkeren Euro-Länder alles, um den griechischen Bankrott zu verhindern. Rettungspakete werden geschnürt, um Nothilfe zu leisten. Die Europäische Zentralbank druckt neues Geld, um alte Schulden mit frischen Euro-Noten refinanzieren zu können. Dass dadurch auch die Finanzen der Geberländer in Unordnung geraten und die Inflationsgefahren für den Euro insgesamt steigen, ist das Eine. Dra-

matischer ist, dass die Retter bei den Ertrinkenden nicht auf Wohlwollen oder gar Gegenliebe stoßen. Im Gegenteil: Ein breites Unverständnis entlädt sich in Hass. In Griechenland gehen europäische und deutsche Flaggen in Flammen auf. Sollen da Europäer und Deutsche nicht schlicht ihre Hilfe einstellen und die Griechen sich selbst überlassen?

Es ist die Strategie frustrierter Griechen, die Helfer durch Missachtung derer Angebote zu provozieren. Anstatt die Auflagen der Geldgeber zu beachten und zu erfüllen, wollen die Sieger der griechischen Parlamentswahlen jede Kooperation einstellen und die getroffenen Vereinbarungen zur Haushaltsanierung, Ausgabensenkung und Steuererhöhung einseitig kündigen. Weg mit dem Diktat von außen. Ende des Sparkurses. Lieber aus eigenem Stolz als durch fremden Druck soll Griechenland aus der Euro-Zone austreten. Das klingt für die Bevölkerung wie ein Befreiungsschlag, der einen Neuanfang ermöglicht. In Wahrheit wäre es das Ende aller Hoffnung für Griechenland.

Weder sollen noch können sich die übrigen Euro-Länder, der Internationale Währungsfonds oder die Europäische Kommission (als Vertreterin der Europäischen Union) die griechische Verweigerungsstrategie bieten lassen. Ein Nachgeben wäre eine Kapitulation der Rechtsstaatlichkeit und des Verhandlungsprinzips von Geben und Nehmen. Es wäre eine Ohrfeige für alle, die sich durch gültige Gesetze und geschlossene Verträge in ihrem eigenen Verhalten

gebunden fühlen. Vor allem aber wäre es eine Einladung an die übrigen überschuldeten Euro-Länder jegliche Rücksicht auf andere fallen zu lassen und hemmungslos dem griechischen Vorbild zu folgen. Das kann und darf nicht sein. Und es muss auch nicht so geschehen. Denn es macht einen riesengroßen Unterschied, ob Griechenland selber die Tür zuschlägt und den Euro verlässt, oder ob die anderen Euro-Länder die Griechen rauswerfen.

Würde Griechenland von den übrigen Euro-Ländern gegen seinen eigenen Willen gezwungen, aus der Euro-Zone auszutreten, wäre die Gefahr eines Dominoeffektes beträchtlich. Die Kapitalmärkte würden antizipieren, dass nach einem Rauswurf Griechenlands andere ebenso zum Austritt gedrängt würden. Das triebe schlagartig die Risikoprämien für andere Euro-Länder mit (zu) hohen Staatsschulden in die Höhe. Damit stiegen deren Refinanzierungskosten. Und am Ende wäre die Staatspleite weiterer Euro-Länder lediglich noch eine Frage der Zeit. Die Folgen wären kaum bis nicht kalkulierbar. Die bisherige Euro-Rettungsstrategie war darauf ausgelegt, dieses Szenario mit allen Mitteln zu verhindern.

Verlässt Griechenland den Euro-Raum jedoch freiwillig, wird die Ansteckungsgefahr für andere (größere und gewichtigere) Euro-Staaten eher geringer als größer. Eine Verweigerung, sich an europäische Spielregeln zu halten und ein dadurch provoziertes Austritt aus dem Euro, würde in Griechenland zu einer Implosion erst der Wirtschaft, dann der Gesellschaft und schließlich der Staatlichkeit führen. Die Kosten wären immens. Die Einführung einer neuen Drachme würde einen Wirrwarr verursachen. Niemand möchte zunächst dieses unbekanntes, ohne Vertrauen und Substanz gedruckte Geld haben wollen. Entsprechend hoch wären Tauschkosten und Risikoprämien. Schlimmer aber wären die Folgen des Kollapses von Banken und damit des Geldwesens. Bankkunden würden ihre Konten auflösen. So wie es bereits jetzt der Fall ist. Denn alleine in dieser Wo-

che wurden bereits fast eine Milliarde Kundeneinlagen abgehoben. Griechenland würde von allen äußeren Kapitalflüssen abgeschnitten. Niemand außerhalb Griechenlands wäre bereit, ohne riesige Abschläge die Drachme als Zahlungsmittel zu akzeptieren. Energie, importierte Rohstoffe, Vorleistungen aus dem Ausland – alles würde teurer werden. Wer könnte, würde Griechenland verlassen. Das gilt für junge Menschen. Es wäre auch für Kapital und Vermögen gültig. Für diejenigen, die bleiben, droht der Teufelskreis von Abwanderung, Überalterung und Hoffnungslosigkeit. Wie das ausgeht, lässt sich südlich von Neapel und in Sizilien studieren.

Umstellungskosten und Abwertung wären ein Desaster für eine Bevölkerung, die eh schon wenig hat. Der Wohlstand würde sinken, die Arbeitslosigkeit steigen. Wer mit Blick auf Argentinien und seine Peso-Krise eine Abwertungsstrategie als Vorbild für Griechenland propagiert, hat sich schlicht nicht die Mühe gemacht, die Statistiken zu analysieren. Die sozialen Folgen der Peso-Krise waren für Argentinien verheerend. Innerhalb eines Jahres sank das Pro-Kopf-Einkommen um 15 Prozent. Dabei zeigt der Durchschnitt nur die Spitze des Eisbergs. Für die Masse der Menschen führte die Abwertung zu einem Absturz in die Armut. Es dauerte ein Jahrzehnt, bis sich für die Armen die Situation wieder substanziell zu verbessern begann.

So schrecklich ein Alleingang für Griechenland wäre, so beherrschbar blieben die Wirkungen für den Euro-Raum. Natürlich würde es für die Gläubiger teuer. Forderungen müssten sofort abgeschrieben werden. Alleine für Deutschland dürften die Verluste zwischen 50 und 80 Milliarden Euro liegen, wenn Athen seine Kredite nicht mehr bedienen würde. Aber die Euro-Zone hat in den letzten beiden Jahren mit den verschiedenen Rettungsmaßnahmen wirkungsvolle Schutzmechanismen eingebaut. Damit sind die Ansteckungsgefahren für einzelne Euro-Länder geringer und der Euro-Raum insgesamt widerstandsfähiger

geworden. Zudem hat sich bei der Umschuldung Griechenlands im Frühjahr gezeigt, dass Athen offenbar doch nicht so systemrelevant ist, dass sein Fall andere mitreißt. Der von den Gläubigern zu verkraftende Schuldenschnitt von mehr als hundert Milliarden Euro hatte kaum spürbare Instabilitäten des europäischen Finanzsystems verursacht.

Durch den Wegfall des schwächsten Glieds der Kette würde der Euro stärker nicht schwächer. Anders als bei einem aktiven Rauswurf Griechenlands durch die übrigen Euro-Länder wird bei einem freiwilligen Austritt die Gefahr eines Dominoeffekts gering(er). Die griechische Implosion wäre für die übrigen überschuldeten Euro-Länder ein Menetekel. Die immensen Kosten der Reformverweigerung würden in Portugal, Irland, Spanien und Italien den Bevölkerungen klar machen, welche dramatischen Wirkungen mit einer Ablehnung der helfenden europäischen Hand verbunden sind. Portugiesen, Spanier und Italiener könnten in den Abendnachrichten verfolgen, wie brutal die Realität nach einem Euro-Austritt für die betroffenen Bevölkerungen werden. Das wäre Abschreckung genug, um ernsthaft Strukturreformen, Haushaltssanierung und Sparprogramme anzupacken. Das würde das Vertrauen privater Anleger stärken, dass Südeuropa auf dem richtigen Weg ist.

Sollten sich die Griechen selbst dazu entscheiden, die Spielregeln zu brechen, dann wäre das Ende der Euro-Mitgliedschaft die Konsequenz. Aus dem Neuanfang würde der Beginn eines nicht enden wollenden lange dauernden Schreckens des Alleingangs. Für die Eurozone wäre das Ende des griechischen Dramas ein Anfang zu größerer Stabilität als heute. Der Euro würde gestärkt und nicht geschwächt. Deshalb schadet Griechenland mit seiner Austrittsdrohung nicht anderen, sondern sich selbst.

Dieser Beitrag erschien am 19. Mai 2012 in „Finanz und Wirtschaft“.